

Kiel, 08. April 2025

PRESSEMITTEILUNG

- **Städteverband Schleswig-Holstein in großer Sorge um Kommunalfinanzen**
- **Kurzfristige und unbürokratische Bereitstellung der Infrastrukturmittel des Bundes**
- **Kein Stopp beim Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen**

Die Mitgliederversammlung des Städteverbandes Schleswig-Holstein hat gestern in Schleswig getagt und dabei abermals die Finanzlage in den Blick genommen.

„Es ist 5 nach 12 für die Kommunalfinanzen und die Landesregierung ist aufgefordert, unverzüglich mit nachhaltigen Maßnahmen dem Verlust der Handlungsfähigkeit in den Kommunalhaushalten entgegenzusteuern. Die kommunale Ebene verkraftet kein weiter so“, sagte der Vorsitzende des Städtebundes, **Glindes Bürgermeister Rainhard Zug** und verwies dabei auf die jüngsten statistischen Zahlen zum Minus in den kommunalen Kassen. *„Nachdem wir bereits im Jahr 2023 mit 292,7 Mio. € im Minus waren ist das kommunale Finanzierungsdefizit im Jahr 2024 mit 964,2 Mio. € auf knapp eine Milliarde € in nur einem Jahr angestiegen und die Aussichten für das Jahr 2025 sehen auch nicht besser aus. Die kommunale Finanzausstattung muss auch durch eine Steuerumverteilung zugunsten der Kommunen dringend verbessert werden“,* ergänzte der Vorsitzende.

„Die Landesregierung muss die Brisanz der kommunalen Finanzlage endlich erkennen und unverzüglich Sofortmaßnahmen ergreifen um gegenzusteuern. Wir erwarten, dass das Land den Kommunen von dem Anteil Schleswigs-Holsteins an dem im Bund beschlossenen 100 Milliarden Sondervermögen Infrastruktur einen überwiegenden Anteil kurzfristig zur Verfügung stellt.“, erklärte der stv. Vorsitzende des Städtetags, **Kiel Oberbürgermeister Ulf Kämpfer** und betonte, dass bspw. mit der Hälfte der auf Schleswig-Holstein entfallenden Mittel noch nicht einmal alle dringend notwendigen Investitionen in den Schulbau getätigt werden könnten.

„Wichtig ist, dass die Mittel schnell und unbürokratisch an die Kommunen ausgeht werden. Dies kann über die Nutzung und ggf. Fortentwicklung der Instrumente im kommunalen Finanzausgleich in Form der bestehenden Infrastrukturzuweisung erfolgen“, sagte **Marc Ziertmann, Geschäftsführer des Städteverbandes** und verweis in diesem Zusammenhang auf die bestehenden Verabredungen mit der Landesregierung zum Bürokratieabbau. *„Die Städte vor Ort wissen am besten welche Investitionen vorrangig ist. Mit einer Stärkung der kommunalen*

Finanzautonomie wird zudem auch das kommunale Ehrenamt gestärkt“, so Ziertmann weiter.

Angesichts der Überzeichnung des Programmes zur Förderung des Ganztagsausbaus an Grundschulen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab dem Jahr 2026 fordert die Mitgliederversammlung die Landesregierung zur Einhaltung ihrer eigenen Zusagen auf. Vereinbart ist, dass das Land 85 % der Investitionskosten für neu zu schaffende, rechtsanspruchserfüllende Ganztagsplätze rückwirkend für Maßnahmen ab dem 12.10.2021 übernimmt und die kommunale Seite 15 % der Kosten trägt. Es dürfe keinen Förderstopp geben. Die Eltern erwarten, dass es mit Beginn des Schuljahrs 2026 in der ersten Klasse losgeht. Die Städte erwarten, dass das Land seine Zusagen an die Kommunen einhält und 85 % der Investitionskosten übernimmt. Die Städte vertrauen darauf, dass sich das Land an seine Vereinbarungen hält.

Verantwortlich: Marc Ziertmann
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Städteverbandes Schleswig-Holstein